13.03.2024

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Schwächsten schützen – Verkehrssicherheit für alle mit Tempo 30 statt noch mehr Schwerverletzte und Tote mit Tempo 50

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, angesichts der zahlreichen Verkehrstoten innerhalb weniger Tage in den ersten Wochen des Jahres 2024 und der insgesamt weiterhin hohen Zahl von Toten und Schwerverletzten im Berliner Straßenverkehr, die Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit deutlich zu erhöhen:

- Die Anordnung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen vor Schulen, Kitas und Einrichtungen für Senior*innen ist aktiv und nicht nur auf Antrag von Betroffenen auszuweiten.
- Die Möglichkeit Tempo 30 aus Gründen der Luftreinhaltung anzuordnen ist anzuwenden und auch bei einer Überarbeitung des Luftreinhalteplans beizubehalten.
- Die Anordnung von Tempo 30 aus Lärmschutzgründen sowohl tagsüber als auch nachts muss endlich auf Basis des entwickelten Tempo 30-Konzepts umgesetzt werden.
- Bei der Überarbeitung des Lärmaktionsplans ist ein Schwerpunkt auf die Identifizierung zusätzlicher Tempo 30-Strecken zu legen; die entsprechenden Anordnungen sind zu erteilen und umzusetzen.
- Gegenüber der Bundesregierung ist ein erneuter Anlauf für eine Reform des Straßenverkehrsrechts zu nehmen, um Tempo 30 leichter anordnen zu können und weitere Instrumente für mehr Verkehrssicherheit, wie sichere Querungen und Radstreifen, schneller umsetzen zu können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2024 erstmals und dann jährlich zu berichten.

Begründung

Wer Vision Zero im Koalitionsvertrag mitunterschrieben hat, kommt an Tempo 30 nicht vorbei. Geringere Geschwindigkeit führt zu weniger Unfällen. Und die wenigen Unfälle, die dennoch geschehen, sind weniger gefährlich, die Unfallbeteiligten weniger schwer verletzt.

Die Forderung, auf Hauptverkehrsstraßen wieder verstärkt Tempo 50 anzuordnen und bestehende Tempo 30-Abschnitte aufzuheben, ist ein fatales Signal für die Menschen in dieser Stadt, die sicher und ohne Lebensgefahr unterwegs sein wollen, besonders für die Schwächsten.

Finanzschwache Menschen leben häufiger an großen Straßen und leiden dementsprechend stark unter dem Lärm, der Luftverschmutzung und den Gefahren, die durch hohe Geschwindigkeiten entstehen. Sie haben ein Recht auf Schutz und Verkehrssicherheit.

Auch Senior*innen sind einem besonders hohen Risiko ausgesetzt. Das wird unter anderem deutlich, wenn man sich die überdurchschnittlich hohe Zahl der fünf Verkehrstoten der ersten zwei Wochen des Jahres 2024 anschaut. Alle Todesopfer waren Senior*innen.

Der Schutz der Schwächsten im Verkehr muss Kernaufgabe einer verantwortungsvollen Mobilitätspolitik sein – tausende Schwerverletzte und viele Tote im Berliner Straßenverkehr dulden keine Verzögerungen und schon gar keine Ausweitung von Tempo 50. Denn eine Geschwindigkeitserhöhung vergrößert den Anhalteweg von bremsenden Autos signifikant und sorgt für eine deutlich erhöhte Aufprallenergie und somit für ein vielfach höheres Verletzungs- und Todesrisiko.

Der Senat darf diesen Gefahren nicht länger unbeteiligt zusehen, sondern muss seiner Verantwortung für die Gesundheit und das Leben der Menschen gerecht werden. Mehr Tempo 30 jetzt, keine Ausweitung von Tempo 50!

Berlin, den 12. März 2024

Jarasch Graf Kapek Hassepaß und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen